



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
72074 TÜBINGEN, Stäudach 92
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 30.12.2003

PRESSEMITTEILUNG

EnBW AG greift die Stadtwerke an

Boris Palmer: Neue Netznutzungsentgelte sind diskriminierend

Der Tübinger Landtagsabgeordnete Boris Palmer sieht in den neuen Netznutzungsgebühren der EnBW AG einen hinterhältigen Angriff auf die Stadtwerke. Am 1. Januar 2004 wird die EnBW ihre Netznutzungsentgelte auf den oberen Spannungsebenen deutlich erhöhen, auf den unteren Spannungsebenen ihres eigenen Netzes hingegen wesentlich absenken. Netznutzungsentgelte werden von den Netzbetreibern für den Transport des Stroms erhoben. Das Hochspannungsnetz in Baden-Württemberg befindet sich weitgehend in der Hand der EnBW. Damit steigen für die in der südwestdeutschen Stromhandelsgesellschaft unter Tübinger Führung zusammengeschlossenen Stadtwerke die Bezugspreise des Stroms, für Großkunden der EnBW kann die Absenkung der Nutzungsentgelte auf der mittleren Spannungsebene hingegen zu niedrigeren Strompreisen führen.

Boris Palmer hält das Vorgehen der EnBW für skandalös: „Die EnBW hat dieses Jahres einen Milliardenverlust wegen einer verkorksten Einkaufspolitik ausgewiesen. Es ist schlicht eine Sauerei, wenn dafür nun die Stadtwerke und ihre Kunden bluten sollen. Besonders perfide ist die Erhöhung des Entgelts, das die Konkurrenz betrifft, bei gleichzeitiger Absenkung der Tarife, bei denen die EnBW im Wettbewerb mit dieser Konkurrenz um Kunden steht.“

In Tübingen ist es der EnBW vor einigen Jahren gelungen, den Stadtwerken den größten Kunden, nämlich die Universität mit den Kliniken, abspenstig zu machen. Für Palmer bis heute ein Ärgernis: „Die EnBW haben die Stadtwerke mit einem Dumping-Angebot aus dem Rennen geworfen und damit ökologische Investitionen zum Beispiel

in das Fernheizwerk auf der Morgenstelle blockiert. Wenn nun die Stadtwerke auch noch für diese unfaire Geschäftspolitik zahlen sollen, dann ist das wirklich die Krönung.“

Allein die Tübinger Stadtwerke müssen durch die Erhöhten Netznutzungsentgelte mit jährlich 300 000 Euro an Zusatzkosten rechnen. Für die 80 in der südwestdeutschen Stromhandelsgesellschaft zusammengeschlossenen Stadtwerke ist ein Betrag von 20 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten. Beträge, die letztlich den kommunalen Eigentümern der Stadtwerke abgeknöpft werden. Palmer: „Die EnBW wollen der Stadt Tübingen so viel Geld aus der Tasche ziehen, wie sie aus der Not heraus bei der Kinderbetreuung einsparen will.“

Palmer kündigte eine Initiative der grünen Landtagsfraktion gegen die neuen Netznutzungsentgelte an: „Ministerpräsident Teufel hat in seiner Regierungserklärung zum Verkauf der EnBW-Anteile des Landes an die französische EdF eine Sicherung des Energiestandortes Baden-Württemberg versprochen. Das ist längst Makkulatur. Aber es darf einfach nicht wahr sein, dass der baden-württembergische Finanzminister im Aufsichtsrat der EnBW auch noch daran mitwirkt, die verbliebenen selbstständigen Stadtwerke in den EnBW-Strudel hineinzureißen. Wir werden das im Landtag thematisieren.“